

Diakonie 
in Hessen
und Nassau

Diakonie 
Kurahessen-
Waldeck

Presseinformation

Ingelheim/Frankfurt am Main/Kassel, 9. Juli 2013

Landesgeschäftsstelle
Ederstraße 12
60486 Frankfurt
Pressesprecherin
Kathleen Niepmann
Telefon: 069 / 7947 375
Telefax: 069 / 7947 99375
E-Mail:
pressesprecherin@dwhn.de

Landesgeschäftsstelle
Königsche Str. 136
34119 Kassel

Diakonie reagiert auf das neue Konzept für die Abschiebungshaft in Rheinland-Pfalz

„Abschiebungshaft ist Auslaufmodell“ – Konzept begrüßt – Aber weitere konkrete Schritte notwendig

Die zukünftige Diakonie Hessen begrüßt die Ankündigung von Integrationsministerin Irene Alt, sich weiter auf Bundesebene für die Abschaffung der Abschiebungshaft einzusetzen.

„Abschiebungshaft ist ein Auslaufmodell, die Freiheitsentziehung lediglich zur Sicherung vorgesehener Abschiebungen ist abzuschaffen“, kommentiert Andreas Lipsch, Leiter des Bereichs Flucht, Interkulturelle Arbeit, Migration in den Diakonischen Werken in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck (der künftigen Diakonie Hessen) und Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Positiv bewertet die Diakonie die vom rheinland-pfälzischen Integrationsministerium bisher angestoßenen Verbesserungen im Vollzug der Abschiebungshaft. „Trotzdem hätten wir uns gewünscht, dass das Gefängnis in Ingelheim geschlossen wird, wie die Integrationsministerin Ende 2011 angekündigt hatte“, bekräftigt Lipsch.

Jetzt bedürfe es weiterer konkreter Schritte: „Abschiebungshaft muss nach Möglichkeit vermieden werden. Hierzu benötigen die Ausländerbehörden konkrete Vorgaben und Praxishinweise seitens des Ministeriums“, so Lipsch. Besonders schutzbedürftige Personen wie Minderjährige, Schwangere, Alte, Kranke und insbesondere psychisch Kranke dürften grundsätzlich nicht inhaftiert werden.

Schließlich macht Lipsch darauf aufmerksam, dass die Länder Rheinland-Pfalz und das Saarland zusammen jährlich über fünf Millionen Euro für den Abschiebungshaftvollzug in Ingelheim ausgeben. „Dieses Geld wäre besser in Integrationsmaßnahmen für die vielen neu ankommenden Flüchtlinge investiert“, so Lipsch abschließend.

Die Diakonie in Hessen und Nassau und der Caritasverband für die Diözese Mainz finanzieren seit Beginn der Abschiebungshaft in Ingelheim im Jahr 2001 eine unabhängige Beratungsstelle und stellen finanzielle Mittel zur Verfügung, damit Inhaftierte ihren Haftbeschluss juristisch überprüfen lassen können.

Stichwort: Abschiebungshaft in Ingelheim

Die Abschiebungshaft in Ingelheim existiert seit Mai 2001. Sie hatte ursprünglich 152 Haftplätze, die derzeit aber durch Umbaumaßnahmen deutlich verringert werden. Derzeit befinden sich sechs Personen (Stand: 10.07.2013) in Haft. Trotz großer Veränderungen gleicht das Haftgebäude immer noch einem Hochsicherheitsgefängnis. Eine fünf Meter hohe Betonmauer

trennt die Insassen von der Außenwelt. Durch die vergitterten Fenster in den Innengebäuden fällt der Blick auf dreifachen Stacheldraht.

Stichwort: Hilfsprojekt von Diakonie und Caritas

Diakonie und Caritas bieten seit 2001 in ihrem gemeinsamen ökumenischen Hilfsprojekt in der Abschiebungshaft neben der unabhängigen Beratung durch einen hauptamtlichen Mitarbeiter einmal wöchentlich eine kostenlose Rechtsberatung durch Rechtsanwälte an, die im Asyl- und Ausländerrecht erfahren sind. Darüber hinaus stellen sie einen Rechtshilfefonds bereit, damit auch inhaftierte Personen, die nicht über Geldmittel verfügen, Haftbeschwerde einlegen können. Zudem organisieren sie einen Sprachmittlerpool, auf den bei Verständigungsschwierigkeiten zurückgegriffen werden kann.

Stichwort: Rechtshilfefonds

Mit dem Rechtshilfefonds werden Verfahren teilfinanziert, um die Verhängung von Abschiebungshaft zu überprüfen oder andere asyl- und ausländerrechtliche Schritte einzuleiten. Der Rechtshilfefonds wird von Caritasverbänden und Diakonischen Werken in Hessen und Rheinland-Pfalz finanziert.